

Hoffnungsträger in bewegter Zeit: Bischof Dr. Gottfried Forck (1923–1996)

Als Bischof Gottfried Forck ein Jahr nach dem Ausscheiden aus dem Amt gebeten wurde, über sein Leben und Wirken zu erzählen, wehrte er – verhalten lächelnd – ab: Für Memoiren sei er noch zu jung: „Ans Erinnern kann man denken, wenn man nichts anderes mehr zu erledigen hat!“¹ Er war dennoch zu Gesprächen bereit. Daraus entstand das Anfang 1996 erschienene Buch „Glauben ist Ermutigung zum Handeln“. Neben dem Bericht über sein Denken und Handeln enthält es Predigten und Vorträge. Fast 15 Jahre später legte Christian Sachse eine Teilbiographie vor: „Den Menschen eine Stimme geben. Bischof Gottfried Forck und die Opposition in der DDR“. Sachse wertete Forcks Handakten sowie kirchliche und staatliche Archive aus.² Und 2015 gab Martin-Michael Passauer einen Band mit Erinnerungen der Weggefährten Forcks heraus.³ Eine Reihe autobiographischer⁴ und zeitgeschichtlicher Texte ergänzen das Bild.

Lebensweg 1923 bis 1981

Gottfried Forck wurde am 6. Oktober 1923 in der thüringischen Kleinstadt Ilmenau als zweiter Sohn des Pfarrers Bernhard-Heinrich Forck⁵ und seiner Ehefrau

- 1 Manfred Kliem / Klaus Roeber / Malte Wiedemeyer: Glauben ist Ermutigung zum Handeln. Altbischof Gottfried Forck im Gespräch (= Ernst Lange-Institut für Ökumenische Studien. Außer der Reihe, Bd. 4), Rothenburg o.T. 1996, S. 13.
- 2 Christian Sachse: Den Menschen eine Stimme geben. Bischof Gottfried Forck und die Opposition in der DDR, Berlin 2009. Besprechung durch Ulrich Schröter, in: JBBKG 67 (2009), S. 479f.
- 3 Begegnungen mit Gottfried Forck. Weggefährten berichten. Hrsg. von Martin-Michael Passauer in Zusammenarbeit mit Karl-Heinrich Lütcke und Ulrich Schröter, Berlin 2015.
- 4 Forck, Gottfried: Das Evangelium ist wichtiger als alle Politik (Gespräch mit Manfred Richter 12.7.1990), in: Mit Pflugscharen gegen Schwerter. Erfahrungen in der Evangelischen Kirche in der DDR 1949–1990. Protokolle. Hrsg. von Manfred Richter / Elsbeth Zylla, Bremen 1991, S. 22–34; ders.: Rückblick auf eine Bischofszeit, in: JBBKG 60 (1995), S. 219–229; ders.: „Sich durch die politischen Verhältnisse nicht kleinkriegen lassen“ (Interview vom 2.2.1995), in: Selbstbewahrung oder Selbstverlust. Bischöfe und Repräsentanten der evangelischen Kirchen in der DDR über ihr Leben. 17 Interviews. Hrsg. von Hagen Findeis / Detlef Pollack, Berlin 1999, S. 286–321; ders.: Offene Jugendarbeit der evangelischen Kirche und Jugendopposition im letzten Jahrzehnt der DDR, in: Protestierende Jugend. Jugendopposition und politischer Protest in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Hrsg. von Ulrich Herrmann (= Materialien zur Historischen Jugendforschung), Weinheim/München 2002, S. 231–235.
- 5 B.-H. Forck (1893–1963) gehörte am 10.11.1934 zu den 54 Hamburger BK-Pastoren, die – nach der Dahlemer Bekenntnissynode – sowohl die DC-Reichskirchenregierung als auch die Hamburger Kirchenleitung nicht mehr als kirchlich legitime geistliche Leitung anerkannten. Seit 1936 war er Mitglied der zweiten Vorläufigen Leitung der BK. 1949 legte er im Auftrag des Bruderrates der EKD das erste „Gedenkbuch für die Blutzugehörigen der BK“ mit dem Titel „... und

Käthe, geb. Riesch, geboren. 1924 zog die Familie nach Hamburg, weil Gottfrieds Vater Bundeswart des Nordbundes des Christlichen Vereins Junger Männer (CVJM) geworden war. Seit 1926 war er Pfarrer in Hamburg-Hamm. Gottfried besuchte von 1930 bis 1937 Volksschule und Gymnasium in Hamburg und von 1938 bis 1942 das Zinzendorf-Pädagogium in Niesky (Oberlausitz). Das Internat der Herrnhuter Brüdergemeine war eine politische und gesellschaftliche Enklave und bot Nazigegnern Unterschlupf. Gottfried Forck wollte Deutsch- und Geschichtslehrer werden. Als er 1942 zur Wehrmacht einberufen wurde, meldete er sich freiwillig zur Ausbildung als Seeoffizier. Nach Erlangung des Kapitänspatents 1944 fuhr er als Leutnant auf einem U-Boot an der Ostküste der USA.

Am Kriegsende 1945 geriet Forck in Gefangenschaft in den USA. In einem Lager im Staat Mississippi musste er als Holzfäller und Baumwollpflücker arbeiten. Erst in dieser Zeit setzte er sich mit der Schuld des deutschen Volkes während des Krieges auseinander. Wichtig waren für ihn dabei erste Erklärungen von Martin Niemöller, der die Kollektivschuld des deutschen Volkes ablehnte, von der Schuld des einzelnen sprach und das an seiner Person festmachte. Unter Einfluss des Lagerpfarrers reifte Forcks Wunsch, Theologie zu studieren. Nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft 1946 holte er das Abitur nach und studierte von 1947 bis 1952 Theologie in Bethel, Heidelberg und West-Berlin.

Von einem Seminar des Heidelberger Dogmatikers Edmund Schlink über Luthers Zwei-Reiche-Lehre 1950 berichtete Gottfried Forck: Ich habe „immer wieder die Meinung vertreten – und dafür entsprechende Stellen herausgesucht –, es könne doch wohl kaum angehen, dass Luther davon ausgehe, einen Politiker brauche man für seine politischen Entscheidungen nicht nach seinem Glauben zu fragen. Ich habe Stellen zitiert, in denen Luther davon gesprochen hat, dass ein Christ sein ganzes Leben lang in allen seinen Lebensbereichen in der Nachfolge Christi steht, und immer quergeschossen, wenn der Lehrer weiterreden wollte“. Am Ende des Semesters habe Schlink ihn gefragt: „Wollen Sie nicht bei mir eine Doktorarbeit schreiben? Schreiben Sie doch über das Thema ‚Die Königsherrschaft Jesu Christi bei Martin Luther‘“. ⁶

Wegen des akuten Pfarrermangels rief Bischof Otto Dibelius westdeutsche Pfarrer, vor allem solche, die Verbindung zu Berlin-Brandenburg hatten, auf, in die DDR zu kommen.⁷ Wegen der schwierigen vakanten Superintendentur in Luckenwalde wandte sich Dibelius 1950 direkt an BK-Pfarrer Bernhard-Heinrich Forck in Hamburg und lud ihn ein, nach Berlin-Brandenburg zu kommen.⁸ Gott-

folget ihrem Glauben nach“ vor. Damals galten als Blutzegen nur diejenigen, die ihr Leben wegen ihres Glaubens lassen mussten, nicht wegen ihres politischen Widerstandes gegen das NS-Regime. Forck hielt sich jedoch nicht völlig an dieses Kriterium.

⁶ Kliem/Roeber/Wiedemeyer: Glauben ist Ermutigung zum Handeln, S. 27 f.

⁷ Karl-Heinrich Lütcke: „... sobald der Notruf der ostzonalen Landeskirchen nach Brüdern an sein Ohr kam...“ – Theologen aus Westdeutschland werden Pfarrer in der Ostregion Berlin-Brandenburgs (1949–1956), in: JBBKG 70 (2015), S. 262–290.

⁸ Lütcke: Sobald der Notruf, S. 275 f. Superintendent in Luckenwalde war 1910–1933 Johannes Lesser (vgl. Evangelisch getauft – als ‚Juden‘ verfolgt. Theologen jüdischer Herkunft in der Zeit des Nationalsozialismus. Ein Gedenkbuch hrsg. von Hartmut Ludwig / Eberhard Röhm, Stuttgart 2014, S. 212 f.). Nachdem Lesser 1933 das Amt niedergelegt hatte, lehnten die Pfarrer

fried Forck schloss sich 1950 seinem Vater an und siedelte ebenfalls in die DDR über. Seine theologische Position war: „Dort, wo Gott mich hingestellt hat, ist der Ort meines Wirkens. [...] Deshalb ist unser Ort immer da, wo wir geboren sind oder wo wir hingerufen werden.“⁹ Er setzte sein Studium an der Kirchlichen Hochschule in Berlin-Zehlendorf fort. Da er zwischen Zehlendorf und Luckenwalde pendelte, erlebte er die unterschiedliche Entwicklung in West und Ost hautnah.

Nach dem Ersten Theologischen Examen 1952 war Forck bis 1954 Assistent bei dem Systematiker Heinrich Vogel an der Kirchlichen Hochschule in Berlin-Zehlendorf. Jeden Sonntag predigte er in einer der Kirchen des väterlichen Kirchenkreises. 1952/53 verfolgten SED und FDJ junge Christen in der DDR, die sich in der Jungen Gemeinde bzw. Studentengemeinde kirchlich engagierten. Als die Regierung der UdSSR die SED aufforderte, die Verfolgung sofort zu beenden, begann nach dem 10. Juni 1953 eine Zeit relativer Entspannung. Von Mai bis August 1954 besuchte Forck das Predigerseminar in Brandenburg/Havel, das Domprediger Albrecht Schönherr leitete. Nach dem Zweiten Theologischen Examen und der Ordination 1954 wurde er bis 1959 Studentenpfarrer an der Humboldt-Universität in Berlin.¹⁰ Am 24. März 1956 heiratete er die Fürsorgerin Renate Falkenroth aus Mülheim an der Ruhr, die er in der Studentengemeinde kennengelernt hatte.

1957 setzte eine neue Phase der Verfolgung von Christen in der DDR ein. In einem Kleinkreis „Aktuelle Glaubensfragen“ besprach Forck mit den Studenten das Buch von Otto Dibelius „Die Grenzen des Staates“ (1949). Dibelius ging der Frage nach, ob der moderne Staat noch Obrigkeit nach Römer 13 sei. In Referaten behandelten sie die aktuelle politische Situation in totalitären Staaten. Als sich Dibelius zu einem Besuch in der Studentengemeinde im Grüberhaus neben der Marienkirche angemeldet hatte, bat er um Fragen, die er den Studenten beantworten sollte. In einem Brief schilderte Forck dem Bischof die schwierige Lage der Studenten, die sich als Christen vor Vertretern der Universität verantworten müssten.

„Neben allerlei Verleumdungen, die die Ostpresse [...] veröffentlicht hat, wurden den Studenten bei dieser Gelegenheit auch Äußerungen vorgehalten, die Sie in Ihren Predigten in der Marien-Kirche tatsächlich gemacht haben. Die Studenten, die Ihnen gern die Treue halten wollen, sehen sich dabei oft nicht in der Lage,

des Kirchenkreises mehrheitlich alle vom Konsistorium präsentierten Deutschen Christen als Nachfolger ab, bis im November 1940 Andreas Wackwitz gegen den Widerstand der Pfarrer Superintendent wurde. Da Wackwitz auch 1945 nicht bereit war zurückzutreten, wurde ihm auf Antrag der Kirchenleitung das Amt durch die Spruchkammer entzogen. Um die schwierige Personal-Situation zu klären, wandte sich Bischof Dibelius an den BK-Pfarrer Forck in Hamburg und bat ihn, nach Luckenwalde zu kommen. Am 1. August 1950 trat Forck das Amt an.

9 Sachse: Den Menschen eine Stimme geben, S. 220. Ohne es zu ahnen, mutete er damit nach 1961 auch seiner Frau und Familie alle Härten der Trennung zu. Forck lehnte das Verlassen der DDR in Richtung Westen grundsätzlich ab.

10 Hansjörg Ehrke: Einer der Unseren. Gottfried Forck als Studentenpfarrer an der Humboldt-Universität zu Berlin, in: Passauer, Begegnungen, S. 29–38; Werner Braune: Anbeten gegen die Kälte, in: ebda., S. 54–61.

Ihre Aussagen vom Evangelium her zu rechtfertigen [...].“ Forck teilte Dibelius sechs Fragen mit, von denen hier zwei zitiert seien:

„1. Warum geben Sie Ihren Predigten oft schon durch die Textwahl, dann aber auch durch Ihre Ausführungen eine so starke politische Tendenz, die meist einseitig gegen die Ideologie und die politischen Maßnahmen der DDR gerichtet ist? Müßte nicht – wenn Sie schon so politisch reden – zu bestimmten Maßnahmen der Bundesrepublik ebenso deutlich und kritisch Stellung genommen werden (zum Beispiel zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr)?

2. Warum behandeln Sie die Probleme des dialektischen Materialismus nicht mit größerer Ernsthaftigkeit? Das Evangelium wird doch erst dann als befreiende Botschaft gehört, wenn es mit den besten und stärksten Argumenten des Atheismus konfrontiert wird. Ihre Aussagen haben aber bisher die Marxisten nur verletzt und uns in der Auseinandersetzung mit ihnen nicht geholfen [...].“¹¹

Nach der Verhaftung des Leipziger Studentenpfarrers Siegfried Schmutzler wollte Forck im Anschluss an eine Fürbittenandacht zu einem Schweigemarsch aufrufen. Davon wurde ihm aber abgeraten.¹²

Am 5. Mai 1956 promovierte die Theologische Fakultät in Heidelberg Gottfried Forck auf Grund der Dissertation „Die Königsherrschaft Jesu Christi bei Luther“¹³ zum Doktor der Theologie. Da das konfessionelle Luthertum nach 1933 unfähig war, dem Totalitätsanspruch des NS-Staates zu widerstehen, weil es dem Bereich der Welt Eigengesetzlichkeit zuerkannte, entbrannte nach 1945 eine heftige Kontroverse um das Verständnis der sogenannten lutherischen Zwei-Reiche-Lehre. Im Kreis der reformierten Theologie um Karl Barth kam man zu anderen Positionen, weil man theologisch die „Königsherrschaft Christi“ akzeptierte. Forck war sich bewusst, dass er in seiner Arbeit Luthers Theologie unter eine ungewohnte Frage stellte, indem er die Königsherrschaft Jesu Christi neu zur Geltung brachte: Jesus Christus ist Herr über alle Bereiche unseres Lebens, wie es bereits in der Barmer Theologischen Erklärung hieß.¹⁴ Für Forcks Denken und Handeln im politischen Raum wurde seine Dissertation grundlegend. Er hat sich auf sie immer wieder bezogen.¹⁵

11 Text: Kliem/Roeber/Wiedemeyer, S. 259–260. Eine Antwort von Dibelius ist nicht bekannt. Ehrke in Passauer: Begegnungen, S. 32.

12 Sachse: Den Menschen eine Stimme geben, S. 29. Vgl. Georg-Siegfried Schmutzler: Gegen den Strom. Erlebtes aus Leipzig unter Hitler und der Stasi, Göttingen 1992.

13 Gottfried Forck: Die Königsherrschaft Jesu Christi bei Luther, Berlin 1959, 2. erw. Auflage 1988 mit einem Anhang von Bernhard Lohse: Zwei-Reiche-Lehre und Königsherrschaft Christi, S. 155–165.

14 Gottfried Forck: Die Verwerfungsformel der Zweiten These von Barmen und die Lutherische Lehre vom regnum Christi und regnum mundi, in: Aus Glauben gerecht. Beiträge zur Diskussion um die Rechtfertigungslehre (= Aufsätze und Vorträge zur Theologie und Religionswissenschaft 58), Berlin 1973, S. 58–65.

15 Heino Falcke beschrieb Forck als „Theologe[n] der Kirche und für die Kirche. [...] Diese Übereinstimmung von Theologie und Existenz hat eine Leuchtkraft, derer ich mich sehr gern erinnere“, in: Passauer: Begegnungen, S. 40, 45. Auch Wolfgang Huber wies auf die Bedeutung von Forcks Dissertation für die Diskussion des Themas hin: ebda., S. 62–66. Forck gehörte zur 2. Lehrgesprächskommission von EKU und VELK in der DDR (1976–1978): Kirchengemein-

Von 1959 bis 1963 war Forck Gemeindepfarrer in der Kleinstadt Lautawerk (Lausitz). Der Wechsel von Berlin nach Lautawerk fiel ihm schwer, denn er wurde mit einer völlig anderen Welt konfrontiert. Der Ort war durch die Industrie starken Umweltbelastungen ausgesetzt: „Als wir dorthin kamen, war elendes Wetter und der Dreck fiel förmlich vom Himmel.“ Die Säkularisierung schritt rasant voran. Nur etwa 0,4% der 12.000 Einwohner beteiligten sich noch am kirchlichen Leben. Enttäuscht nahm Forck zur Kenntnis, wenn Glieder der Gemeinde aus der Kirche austraten, weil sie fürchteten, ihr berufliches Fortkommen werde sonst behindert.¹⁶ Forck versuchte, Menschen zu gewinnen und organisierte Gesprächskreise und bot Bibelarbeiten an. In einem Gemeindegemeinschaftsseminar 1960 zum Thema „Ist Jesus Christus noch der Herr der Welt?“ nahm er die These seiner Dissertation auf und setzte sich mit den Kritikern auseinander:

„Man kommt sehr viel besser durch das Leben, wenn man sich nicht an Jesus Christus und seine Weisungen hält. Wir sehen das an den meisten unserer Nachbarn und Bekannten. [...] Wenn Jesus Christus der Herr unserer Welt ist, dann dürften doch nicht so viele gottlose Taten geschehen. Denken wir bitte noch einmal an die Juden. Wie viele sind vergast worden. Sicher waren darunter auch manche Christen. ‚Wie kann Gott das zulassen?‘, werden sie vielleicht gefragt haben. Wie konnte Gott es zulassen – und wir alle haben ja irgendwie darum gewusst –, dass unser Volk ein solches Verbrechen begangen hat? Wenn Jesus Christus der Herr der Welt ist, hätte das doch nicht passieren dürfen. [...] Gerade darin ist nun seine Herrschaft allmächtig, dass sie entgegen allen anderen Herrschaften in der Welt nicht darauf angewiesen ist, dass die Menschen, die unter seiner Herrschaft leben, alle unmittelbar seinen Willen tun. [...] Jesus selbst hat einmal [...] seine Herrschaft so gekennzeichnet: Es sei eine Herrschaft, die sich im Dienen auswirkt. [...] Das Zeugnis von seiner Herrschaft können wir nur so glaubhaft weitergeben, dass wir uns in unserer Umwelt als die furchtlosen Zeugen Jesus Christi für die Wahrheit einsetzen.“¹⁷

Im November 1963 wurde Forck Direktor des Predigerseminars in Brandenburg (Havel) und Domprediger. Das Predigerseminar war seit dem 19. Jahrhundert der Ort, an dem die Vikare ihr im Studium erworbenes Wissen in die Praxis umsetzen lernten. Albrecht Schönherr, der bisherige Direktor, hatte es in Anlehnung an Dietrich Bonhoeffer zu einem Ort der geistlichen Reifung und christlichen Gemeinschaft erweitert. Diese Form behielt Forck bei. Er war bemüht, die neuesten Entwicklungen in der systematischen Theologie den Vikaren zu vermitteln.¹⁸

schaft und politische Ethik. Ergebnis eines theologischen Gesprächs zum Verhältnis von Zweireiche-Lehre und Lehre von der Königsherrschaft Christi. Hrsg. von Joachim Rogge / Helmut Zeddies, Berlin 1980.

16 Werner Braune: Anbeten gegen die Kälte, in: Passauer: Begegnungen, S. 54–61.

17 Text in: Kliem/Roeber/Wiedemeyer: Glauben ist Ermutigung, S. 127–131, Zitate: S. 128, 129, 130, 131.

18 Sachse weist darauf hin, dass Forck 1961–1970 etwa 40 Rezensionen und Aufsätze in der Zeitschrift „Zeichen der Zeit“ veröffentlichte, an denen man die Themenbereiche erkenne, die er im Predigerseminar anbot, in: Sachse: Den Menschen eine Stimme geben, S. 38. Forck verfasste über 30 Jahre lang Predigtmeditationen für „Zeichen der Zeit“ und berichtete 1961–1963 über Ratssitzungen der EKD, VELKD und EKU. Vgl. Anneliese Kaminski: Einer der „Zeichen-Deuter“. Redakteur der kirchlichen Presse, in: Passauer: Begegnungen, S. 51–53.

Auch die Diskussion zur Leben-Jesu-Forschung, zur existentialen Interpretation des Neuen Testaments und deren Folgen für die Rede von Gott thematisierte Forck.¹⁹ „Dorothee Sölle mit der ganzen Gott-ist-tot-Theologie spielte eine Rolle bis hin zu der Frage, ob man dann überhaupt noch Pfarrer werden könne“.²⁰ Sein Lehrstil war dialogisch. Er las mit den Vikaren Bücher von Sören Kierkegaard, Helmut Gollwitzer, Herbert Braun, Jürgen Moltmann u.a. Er versuchte, aus den traditionellen kirchlichen Wegen auszubrechen und Anschluss an die zeitgenössische Entwicklung zu erhalten. Die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1961 in Neu-Delhi hatte formuliert: „Es ist wichtig, dass die Kirche dem Menschen dazu verhilft, in einer sich wandelnden und dynamischen Gesellschaft verantwortlich zu denken und zu handeln.“²¹ Forck erinnerte sich später: „In den rund neun Jahren, in denen ich Direktor des Predigerseminars war, fand ich sehr anregend, dass jeder Kurs andere Fragen mitbrachte, die dann wieder von mir ein ganz neues Einsteigen in die Situation und die Ausgangslage erforderten.“²²

Von 1973 bis 1981 war Gottfried Forck als Nachfolger von Günter Jacob Generalsuperintendent des Sprengels Cottbus. Der Kirchenleitung in Berlin-Brandenburg gehörte er seit 1971 und der Bundessynode seit 1973 an. 1977 wählte ihn die Synode des Kirchenbundes zu ihrem Vizepräsidenten. Im Verhältnis zum DDR-Staat vermied er es, sich politisch vereinnahmen zu lassen. Wenn er in Gesprächen Kritik an der Volksbildung, dem Wehrdienst oder der Benachteiligung von Christen übte, wurde das von den Staatsvertretern als Angriff gewertet. Nach der Selbstverbrennung von Pfarrer Oskar Brüsewitz im August 1976, mit der er gegen die Lebensbedingungen in der DDR protestieren wollte, kritisierte Forck die zynischen Berichte darüber in der Presse. Die KSZE-Schlussakte von Helsinki nahm Forck 1976 zum Anlass, für die Kirche das Recht zu fordern, sich zu allen Lebensfragen des Volkes äußern zu können, was ihr nach der Verfassung der DDR von 1968 nicht zustand. Als Generalsuperintendent hielt er viele Vorträge, in denen er zum Christsein in der DDR Stellung bezog. Vor dem Konvent der Superintendennten referierte er über das Thema „Zur politischen Existenz des Pfarrers“²³, in dem er sich von staatsloyalen Positionen abgrenzte.

Bischof in Berlin-Brandenburg (Ostregion) 1981–1991

Da Bischof Albrecht Schönherr zum 1. Oktober 1981 in den Ruhestand treten wollte, suchte die Synode Berlin-Brandenburg seit Herbst 1980 einen Nach-

¹⁹ Jürgen Henkys: Strenger Lehrer und Muster an Dienstbereitschaft. Predigerseminar und Pfarramt in Brandenburg/Havel, in: Passauer: Begegnungen, S. 46–50, hier S. 48.

²⁰ Forck: Sich durch die politischen Verhältnisse nicht kleinkriegen lassen, S. 314.

²¹ Sachse: Den Menschen eine Stimme geben, S. 40.

²² Kliem/Roeber/Wiedemeyer: Glauben ist Ermutigung, S. 40.

²³ Text in „Glauben ist Ermutigung“, S. 166–176. Das Referat wird auf das Jahr 1979 datiert; Sachse: Den Menschen eine Stimme geben, S. 44, datiert den Text auf April 1980.

folger.²⁴ Das Bischofswahlkollegium trat am 30. September 1980 erstmals und unter konspirativen Bedingungen zusammen. Präses Manfred Becker hoffte, die Informanten des Staatssicherheitsdienstes fernzuhalten, indem er den Ort der Tagung erst im letzten Augenblick bekannt gab. Trotzdem waren noch drei „Informelle Mitarbeiter“ anwesend. Von den 18 Kandidaten, die sich um das Amt bewarben, blieben nach Probeabstimmungen nur vier, zuletzt nur zwei übrig: Christoph Demke und Gottfried Forck. Am 25. April 1981 wählte die Synode im zweiten Wahlgang Gottfried Forck mit 83 aus 124 Stimmen zum neuen Bischof für Berlin-Brandenburg (Ostregion). Für die staatliche Seite war Forck alles andere als ihr Wunschkandidat. Der Evangelische Pressedienst (epd) kommentierte die Wahl: „Kein bequemer Zeitgenosse“. Nach dem Kirchenpolitiker Schönherr sei Forck der „unpolitische Seelsorger“, der „Hirte“, der „gemeindebezogen denkt und handelt“.²⁵ Diese Erwartung, sollte sie bestanden haben, erfüllte sich nicht. Am 1. Oktober 1981 trat Gottfried Forck das neue Amt an. Am 14. November 1981 wurde er in der Marienkirche in Berlin öffentlich eingeführt.

Für Hans-Otto Furian, Mitglied der Kirchenleitung, war Gottfried Forck „ein offener, unverkrampfter, auf Menschen zugehender Bischof, der auch im dienstlichen Bereich Wärme und Güte ausstrahlte“.²⁶ Für Manfred Becker war Forck „immer ein Mann klarer Sprache“. Er sagte „immer das, was er dachte. Man wusste immer, woran man bei ihm war.“²⁷ Für den sächsischen Landesbischof Johannes Hempel war Forck „der Diakon unter den Bischöfen in der DDR“. Manfred Stolpe erinnerte sich: „Gottfried Forck war zuallererst Mensch, dem seine Mitmenschen, Schwestern und Brüder, wichtiger waren als die Würde des Amtes. [...] Mit Gottfried Forck bekam die evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg in schwierigen Jahren einen Bischof, der geistlicher Vorarbeiter, verstehbarer Verkündiger des Wortes und nahe bei den Sorgen der Menschen war. Ein Bischof aus der Mitte der Gemeinde“.²⁸

I. Friedensinitiativen

1. Sozialer Friedensdienst²⁹

Zwei Wochen nach Gottfried Forcks Wahl zum Bischof veröffentlichte der Kreis um Pfarrer Christoph Wonneberger (Dresden) am 9. Mai 1981 einen Aufruf, sich

24 Manfred Becker: Nachfolger gesucht. Bischof der Wende, in: Passauer: Begegnungen, S. 78–82. Sachse teilte geringfügig abweichende Zahlen mit, S. 45 f.

25 Sachse: Den Menschen eine Stimme geben, S. 48, 53.

26 Ebda., S. 54.

27 Ebda., S. 55.

28 Manfred Stolpe: Ohne Seitenweg und Rückversicherung. Ein Jahrzehnt Seite an Seite mit dem anderen Bischof, in: Passauer: Begegnungen, S. 130 f.

29 Sachse: Den Menschen eine Stimme geben, S. 67–71; Rudolf Mau: Der Protestantismus im Osten Deutschlands (1945–1990) (= Kirchengeschichte in Einzeldarstellungen IV/3), Leipzig 2005, S. 145–147 (Abschnitt: Friedensdekade und Sozialer Friedensdienst); Ehrhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Bonn 1997, S. 389–395 (Abschnitt: Sozialer Friedensdienst).

für einen „sozialen Friedensdienst“ als Zivildienst einzusetzen, an Stelle der Bausoldaten in der Nationalen Volksarmee (NVA).³⁰ Der Berliner Generalsuperintendent Hartmut Grünbaum verteidigte das Projekt als innerkirchliche Initiative, durch die keine staatlichen Gesetze verletzt worden wären. Dagegen lehnte Staatssekretär Klaus Gysi die Initiative grundsätzlich ab und bestritt den Kirchen das Recht, Gesetzesvorhaben in Gang zu setzen.³¹ Unmittelbar nach Forcks Einführung in sein Amt trat am 15./16. November 1981 die Berlin-Brandenburgische Synode (Ost) zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Sie beschloss, die Initiative eines „Sozialen Friedensdienstes“ zu unterstützen und beauftragte die Kirchenleitung, beim Staat vorstellig zu werden. Sie setzte einen Ausschuss ein, der auf Regionaltreffen die Vernetzung der Unterstützer förderte. Bei einem Gespräch mit Gysi am 27. Januar 1982 bat Forck, ob der Staat nicht doch einen Zivildienst einführen könne. Gysi reagierte schroff ablehnend und drohte mit strafrechtlichen Folgen. Forck machte den „Sozialen Friedensdienst“ in den folgenden Jahren immer wieder zum Thema. Für den 10. Jahrestag des Gespräches zwischen Kirchenbund und Honecker vom 6. März 1978 setzte Forck das Thema „Sozialer Friedensdienst“ auf die Gesprächs-Agenda. Nach der Wende beschloss die Volkskammer der DDR am 20. Februar 1990 die Verordnung über den Zivildienst.

2. „Schwerter zu Pflugscharen“

Das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ der zweiten Friedensdekade der EKD vom 8. bis 18. November 1981 fand überwältigende Zustimmung vor allem bei jungen Christen und schroffe Zurückweisung bei den Vertretern des SED-Staates.³² Das Symbol zeigt in einem kreisrunden Rahmen die stilisierte Abbildung des sowjetischen Denkmals vor der UNO in New York, auf dem ein Mann ein Schwert zu einer Pflugschar umschmiedet, und als Unterschrift das Wort des Propheten Micha 4,3³³, womit die Losung der ersten Friedensdekade 1980 „Frieden schaffen ohne Waffen“ aufgenommen und verstärkt werden sollte. Das Symbol stieß zunächst auf Zurückhaltung, weil es auch in dem Buch abgebildet war, das die Teilnehmer zur Jugendweihe bekamen. Erst die Umdeutung in ein Zeichen

³⁰ Text: Sprich mit deinen Freunden darüber! In: Friedensbewegung in der DDR. Texte 1978–1982. Hrsg. von Wolfgang Büscher / Peter Wensierski / Klaus Wolschner unter Mitarbeit von Reinhard Henkys, Hattingen 1982, S. 169–171.

³¹ Im Anschluss an sein Referat vor der Sektion Theologie der Humboldt-Universität in Berlin am 12.9.1981 antwortete Gysi auf die Anfrage eines Theologiestudenten: „Wer nicht einverstanden ist, will die Konfrontation“, in: ebda., S. 174f.

³² Forck: Offene Jugendarbeit, S. 231–235 (Abschnitt: „Schwerter zu Pflugscharen“ 1981); Anke Silomon: „Schwerter zu Pflugscharen“ und die DDR. Die Friedensarbeit der evangelischen Kirchen in der DDR im Rahmen der Friedensdekaden 1980 bis 1982 (= Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 33), Göttingen 1999, S. 49–55, 104–190; Sachse: Den Menschen eine Stimme geben, S. 71–82; Mau: Der Protestantismus im Osten, S. 148–151; Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR, S. 398–404 (Abschnitt Schwerter zu Pflugscharen).

³³ Micha 4,3: „Er wird unter großen Völkern richten... Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen und ihre Spieße zu Sicheln machen. Es wird kein Volk wider das andere das Schwert erheben, und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen.“

des Protestes gegen das „System DDR“ bewirkte den Stimmungsumschwung. Auf Vliesstoff gedruckt wurde es als Lesezeichen oder Aufnäher zu Tausenden schnell verbreitet. Die Jugendlichen hefteten es sich an Jacken und Taschen. Die SED bekämpfte den Aufnäher als Protestsymbol. Polizisten und Lehrer drohten Jugendlichen, die den Aufnäher trugen, mit beruflichen Konsequenzen und forderten die Entfernung des Symbols.

Am 16. März 1982 empfing Staatssekretär Klaus Gysi Bischof Werner Krusche, den Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen, zu einer längeren Unterredung über die Initiative „Sozialer Friedensdienst“ und „Schwerter zu Pflugscharen“. Krusche machte für das Vorgehen der Polizei gegen die Jugendlichen allein die staatlichen Organe verantwortlich. Gysi widersprach ihm aufs schärfste. Krusche kündigte an, sich im Falle einer strafrechtlichen Verfolgung der Jugendlichen aus Solidarität mit ihnen selbst einen Aufnäher anzuheften. Er halte es für unmöglich, die jungen Leute mit dem Argument drohender strafrechtlicher Verfolgung davon abzubringen, das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ zu tragen. Im März wurden der Druckerei in Herrnhut die weitere Produktion der Aufnäher untersagt und die Druckstöcke eingezogen. Am 26. März 1982 teilte die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg den Superintendenten mit, dass der Staat den Aufnäher in der Öffentlichkeit nicht mehr dulde.

Am 7. April 1982 fand ein Gespräch zwischen Gysi, den Präsidenten aller Landeskirchenämter und fast allen Bischöfen statt. Gysi warf den Kirchenleitungen vor, dass das Symbol „zur Schwächung der Wehrbereitschaft in der DDR“ missbraucht werde, es könne daher „in der Öffentlichkeit nicht mehr geduldet werden.“³⁴ Die Vertreter der Kirchen protestierten gegen das Vorgehen des Staates. Die staatlichen Maßnahmen schränkten das öffentliche Zeugnis der Kirchen ein, beeinträchtigten Glaubens- und Gewissensfreiheit. Werner Krusche erinnerte es an die Situation 1953, als Mitglieder der Jungen Gemeinde verfolgt wurden. Am weitesten ging Bischof Forck: Er verlangte, dass der Staat sich im ‚Neuen Deutschland‘ von dem ungerechtfertigten Vorgehen distanzieren müsse. Krusche informierte die Gliedkirchen über das Gespräch vom 7. April.³⁵ In einem Begleitschreiben dankte Forck am 8. April denjenigen, „die das Symbol der Friedensdekade 1981 ‚Schwerter zu Pflugscharen‘ getragen und sich trotz aller entstandenen Schwierigkeiten dabei eine friedliche Gesinnung bewahrt“ hatten.³⁶

Bischof Forck solidarisierte sich mit den Jugendlichen, die wegen des Tragens des Protestsymbols verfolgt wurden, und befestigte den Aufnäher demonstrativ an seiner Aktentasche. Als er zur Feier des 80. Geburtstages von Heinrich Vogel im Senatssaal der Humboldt-Universität in Berlin einen Vortrag³⁷ halten sollte,

34 Silomon: Schwerter zu Pflugscharen, S. 142 ff, 159 ff. Stolpe soll nach dem kirchlichen Protokoll daraufhin gefragt haben: „Wird hier nicht mit Kanonen auf Spatzen geschossen, mit Haubitzen auf Schmetterlinge? ... Bitte helfen Sie mit, dass im Staatsapparat respektiert wird, dass es verschiedene Auffassungen gibt“ (ebda., S. 160).

35 Silomon: Schwerter zu Pflugscharen, S. 317 f.

36 Ebda., S. 163.

37 Vgl. Gottfried Forck: Heinrich Vogel als Prediger, in: Zeichen der Zeit 36 (1982), S. 293–297. Die Festveranstaltung fand am 14.4.1982 statt.

durfte er die Tasche nicht mit ins Gebäude nehmen. Als er umkehren wollte, wurde er doch durchgelassen, um einen Eklat zu vermeiden. Vom 16. bis 20. April 1982 fand die Synode der Berlin-Brandenburger Kirche (Ostregion) statt. Forck äußerte die Hoffnung, dass die SED die Repressionen gegen die Träger des Symbols „Schwerter zu Pflugscharen“ nicht fortsetzen werde und stellte sich so hinter die Träger.

Im September 1982 beschloss die Konferenz der Kirchenleitungen nach harten internen Auseinandersetzungen, den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ nicht erneut herstellen zu lassen. „Damit fühlten sich Hunderte von Jugendlichen, die mit dem Bekenntnis zu diesem Abzeichen ihren gesamten Lebensweg aufs Spiel gesetzt hatten, zu Recht hintergangen.“³⁸ Die SED sah den Verzicht der Kirchen auf das Symbol als beachtlichen Erfolg ihrer Politik. Die Kirche war damit zum Erfüllungsgehilfen staatlicher Repression geworden. Gysi tat alles, um Forck „auf Linie zu bringen“ und seinen Einfluss zu begrenzen. Er ließ sich aber nicht zum Handlanger des Staates machen. Als zum Auftakt der Friedensdekade 1982 eine Podiumsdiskussion mit Forck stattfand, wurden nur solche Personen ausgewählt, die Forcks kritische Auffassung als Minderheitenposition erscheinen ließen.³⁹

3. Deutsch-deutsche Initiative⁴⁰

Im Herbst 1983 planten Friedensaktivisten aus Ost-Berlin und der Bundesrepublik eine gemeinsame Aktion. Am 1. September, dem Weltfriedenstag, wollten sie zwischen den Botschaften der UdSSR und der USA eine Lichterkette organisieren und am 4. November planten Vertreter der westdeutschen Grünen und der Ost-Berliner Opposition in beiden Botschaften⁴¹ Briefe mit der Bitte um Abrüstung abzugeben. Die Sicherheitskräfte der DDR lehnten die deutsch-deutsche Aktion ab und verhinderten sie beide Male durch Verhaftung der Aktivisten. Als Bischof Forck sich im November anbot, die Briefe zu überbringen, wurde das Konsistorium in Ostberlin polizeilich abgeriegelt, um Forck zu hindern. In einer Predigt am 6. November sprach Forck von einem schweren Fehler der DDR-Führung, die das Friedensengagement ihrer Bürger kriminalisiere. Auf die Mitteilung, die Haltung der SED öffentlich zu machen, erhielt er am 11. November 1983 die Genehmigung, zwar nicht die Briefe, aber eine „Erklärung des Bischofs der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg“ in den Botschaften abzugeben. Darin heißt es: „Viele Christen in Berlin [...] sind voller Sorge um den Frieden.

³⁸ Sachse, *Den Menschen eine Stimme geben*, S. 80.

³⁹ Ebda., S. 80f.

⁴⁰ Sachse: *Den Menschen eine Stimme geben*, S. 100–104; Neubert, *Geschichte der Opposition*, S. 495f.

⁴¹ Propst Friedrich Winter, der die Aktion im Konsistorium miterlebte, teilte mit, dass nach seiner Erinnerung die Briefe allen vier Mächten in Berlin übergeben werden sollten. In: Friedrich Winter: „Weg hast du allerwegen“. *Mein Leben als Theologe im Osten Deutschlands*, Berlin 2015, S. 235–237.

[...] Sie haben mich dringend gebeten, diese Sorge den Botschaften der Sowjetunion und der USA vorzutragen.“

Mitte der achtziger Jahre kam Bewegung in das Verhältnis von Kirchenleitung und den „Gruppen“, die sich zu den Themen Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung in der Kirche und an ihrem Rande gebildet hatten. Die Stärkung der Gruppen soll im Wesentlichen auf Forcks Initiative zurückgegangen sein. Weil Generalsuperintendent Krusche versuchte, die Gruppen weiter zu disziplinieren, verlor er weitgehend seinen Einfluss auf die Gruppen und in der Kirchenleitung. Forck unterstützte die Emanzipation der Gruppen von der Kirchenleitung. Die Friedensbewegung weitete ihren Themenkatalog aus auf die innere Demokratisierung der DDR und die Verwirklichung der individuellen Menschenrechte.⁴²

4. Friedenswerkstatt⁴³

In den achtziger Jahren suchten verschiedene Friedens- und Umweltgruppen unter dem Dach der Kirche Schutz, weil sie in der Gesellschaft der DDR ihre Themen aus ideologischen Gründen nicht bearbeiten und diskutieren konnten. Von 1982 bis 1987 fand auf dem Gelände der Erlöserkirche in Berlin-Lichtenberg jährlich eine Friedenswerkstatt statt, bei der die Gruppen einer größeren Öffentlichkeit ihre Arbeit vorstellen konnten. Die Friedenswerkstatt war hart umkämpft: Der SED-Staat wollte sie verbieten, in den Gemeinden gab es erhebliche Widerstände, weil einige Mitwirkende keiner Kirche angehörten, und in der Kirchenleitung war man sich nicht einig, wie weit man den Erwartungen des Staates entgegenkommen sollte.⁴⁴

Für die Friedenswerkstatt erhielten Generalsuperintendent Günter Krusche und Stadtjugendpfarrer Martin-Michael Passauer das Hausrecht. Sie sollten die Einhaltung der Vorgaben überwachen. Nachdem bei der 2. Friedenswerkstatt am 3. Juli 1983 einiges aus dem Ruder gelaufen war⁴⁵ und nachdem der Staat *nach* dem Lutherjahr 1983 wieder Härte zeigte, forderte Günter Krusche brieflich von den Gruppen, dass sie ihre Materialien für die 3. Friedenswerkstatt am 6. Juli 1984 vorher vorlegten.⁴⁶ Die Vertreter der Gruppen lehnten den Versuch der Disziplinierung ab.

Nach Problemen bei der 5. Friedenswerkstatt 1986 beschloss die Kirchenleitung eine „Denkpause“ und setzte die Friedenswerkstatt 1987 aus, ohne die Grup-

42 Sachse: Den Menschen eine Stimme geben, S. 119–120. Nach Sachse stellte Günter Krusche die Gruppen vor die Alternative, sich disziplinieren zu lassen oder den kirchlichen Schutz zu verlieren.

43 Sachse: Den Menschen eine Stimme geben, S. 90–99.

44 Am Beispiel der 1. Friedenswerkstatt am 27.6.1982 belegt Sachse, wie Manfred Stolpe in Abwesenheit von Gottfried Forck das ursprüngliche Konzept entsprechend den staatlichen Erwartungen erheblich veränderte (S. 92).

45 Sachse: Den Menschen eine Stimme geben, S. 96.

46 Günter Krusche: „Spannende Zeiten“. Erlebnisse und Erfahrungen als Generalsuperintendent des Sprengels Berlin von 1983–1993, in: JBBKG 66 (2007), S. 354–397 (Abschnitt: Kirche und Gruppen, S. 367 ff).

pen darüber zu informieren. Es kam der Verdacht auf, sie sei geopfert worden, um vom Staat die Genehmigung für die Abschlussveranstaltung des Berliner Kirchentages 1987 zu erhalten. Am 29. September 1986 begründete Günter Krusche den Beschluss in einem „Offenen Brief“. Ihm antwortete Pfarrer Rudi Pahnke, der zum Sprecherkreis der Friedenswerkstatt gehörte: Trotz einiger Kritik werde die Friedenswerkstatt als Ort der Zusammenarbeit so unterschiedlicher Gruppen gebraucht.⁴⁷ Als die Kirchenleitung ihre Entscheidung überdenken wollte, drohte Günter Krusche mit Rücktritt, falls die Friedenswerkstatt 1987 doch noch durchgeführt werde.

Im Mai 1987 beschloss die Kirchenleitung, die Friedenswerkstatt *nach* dem Berliner Kirchentag stattfinden zu lassen.⁴⁸ Die vom Kirchentag ausgeschlossenen Vertreter der Friedenswerkstatt traten bei der Abschlussveranstaltung am 28. Juni unangekündigt mit Protestplakaten als „Kirche von Unten“ auf.⁴⁹ Von den Besuchern wurde die Demonstration „eher als Bereicherung denn als Störung empfunden.“ Bischof Forck sah „in der Existenz der ‚Kirche von Unten‘ eine berechtigte Anfrage an die Inhalte und Strukturen der Kirche“⁵⁰ und bemühte sich deshalb um bessere Arbeitsbedingungen für sie.

II. Die Zeit der großen Konflikte

1. Nacht-und-Nebel-Aktion gegen die Umwelt-Bibliothek⁵¹

Im September 1986 wurde die Umweltbibliothek in der Berliner Zionsgemeinde eröffnet. Sie entwickelte sich rasch zu einem Treffpunkt der Berliner Opposition. In der Nacht vom 24. zum 25. November 1987 drangen überfallartig etwa 20 Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit in die Umweltbibliothek ein, beschlagnahmten ziemlich wahllos, was sie gerade fanden, und verhafteten die Anwesenden. Das war bei einer kirchlich anerkannten Einrichtung seit 1953 nicht mehr erfolgt. Umso wichtiger war die Solidarisierung anderer Netzwerke mit der Umweltbibliothek. Mahnwachen und Fürbittandachten stärkten die Betroffenen. Bei einem Gespräch im Staatssekretariat für Kirchenfragen am 26. November protestierte Bischof Forck in scharfer Form: Er sprach von einem „Missbrauch staatlicher Machtausübung“ und einem „Willkürakt gegenüber Andersdenken-

⁴⁷ Texte in „Kirche im Sozialismus“ 12 (1986), Heft 6, S. 238–240.

⁴⁸ Der Kirchentag fand aus Anlass der 750-Jahrfeier der Stadt Berlin vom 27.–28. Juni 1987 statt. Sachse: Den Menschen eine Stimme geben, S. 142–157.

⁴⁹ Kliem/Roeber/Wiedemeyer: Glauben ist Ermutigung, S. 93.

⁵⁰ Sachse: Den Menschen eine Stimme geben, S. 184, 176. Dagegen sah Günter Krusche, der auch bei anderer Gelegenheit „übereifrig auf staatliche Forderungen“ reagierte (Sachse, ebda., S. 156), die „Kirche von Unten“ als Ergebnis der Entfremdung zwischen Kirchenleitung und Gruppen und Eingeständnis des kirchlichen Scheiterns: Krusche: Spannende Zeiten, S. 372.

⁵¹ Forck: Offene Jugendarbeit, S. 232 f.; Sachse: Den Menschen eine Stimme geben, S. 184–197; Neubert: Geschichte der Opposition, S. 629 f.; Mau: Der Protestantismus im Osten Deutschlands, S. 178 f.; Wolfgang Rüddenklau (Hrsg.): Störenfried. DDR-Opposition 1986–1989. Mit Texten aus den „Umweltblättern“, Berlin 1992, S. 68–72, 114–122.

den“. Er könne keine politisch brisanten Aktivitäten entdecken und forderte die Freilassung der noch Verhafteten. Nicht eindeutig war, auf wessen Seite das Konsistorium stand. Die Vertreter des Staates kamen in Erklärungsnot, weil sie nicht fanden, was sie suchten. Sie ruderten zurück und präsentierten offensichtlich gefälschte Belege („Hetzblatt“). Die Verhafteten mussten sie wieder freilassen. Bischof Forck war in diesen Tagen einer inneren Zerreißprobe ausgesetzt, da seine Anwesenheit an zwei Orten zur gleichen Zeit nötig war. Seine Frau Renate war seit längerer Zeit schwer erkrankt. Am 1. Dezember 1987, auf dem Höhepunkt des politischen Konflikts, starb sie.

Anfang Dezember waren Staat und Kirche bereit, die Differenzen beizulegen und den Fortbestand der Umweltbibliothek nicht mehr infrage zu stellen. Gysi machte Forck für die Eskalation des Konflikts verantwortlich, obwohl er gar nicht anwesend war. In der Kirchenleitung sprach sich Generalsuperintendent Krusche für eine baldige Trennung der Kirche von politisch aktiven Oppositionsgruppen aus. Dagegen stellte sich Bischof Forck auf die Seite der Gruppen und unterstützte politische Aktionen wie Mahnwachen.

2. Die Freiheit Andersdenkender: Die Rosa-Luxemburg-Demonstration⁵²

Am 17. Januar 1988 erinnerte die SED – wie jedes Jahr – an die 1919 ermordeten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mit einem Marsch zur Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde. Einige Mitglieder der Oppositionsgruppen wollten sich den Demonstranten anschließen und auf eigenen Transparenten die SED mit Gedanken konfrontieren, die diese in ihrem Geschichtsbild tabuisiert hatte. Zum Beispiel den Satz von Rosa Luxemburg: „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“ (1918). Durch ihren Spitzelapparat hatte die SED schon vorher Kenntnis und wollte die Aktion zu einem Schlag gegen die Opposition nutzen. Etwa 70–100 Personen wurden bereits vorher verhaftet. Diejenigen, die die DDR verlassen wollten, wurden zügig in den Westen abgeschoben. Wer aber von den Oppositionellen bleiben wollte, wurde mit schweren Strafen bedroht oder zur Ausreise gezwungen. Es kam zur Solidarisierung zwischen den Gruppen. Der Funke sprang aufs ganze Land über.

Bischof Forck kehrte am 20. Januar vorzeitig aus seinem Urlaub nach Berlin zurück. In einer Erklärung forderte er die Freilassung *aller* am 17. Januar Inhaftierten. Besonders setzte er sich für diejenigen Häftlinge ein, die in der DDR bleiben wollten. Die Evangelische Kirche bat die Staatsorgane, „das Gespräch um den Streit verschiedener Meinungen in der Gesellschaft“ fortzusetzen. Forck bemühte sich um eine Besuchserlaubnis bei den Inhaftierten. Am 27. und 28. Januar wurden Vera Wollenberger u.a. in Geheimprozessen zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Forck bat Honecker um ein gerechtes und humanes

⁵² Forck: Offene Jugendarbeit, S. 233 f.; Sachse: Den Menschen eine Stimme geben, S. 208–220; Neubert: Geschichte der Opposition, S. 696 f.; Mau: Der Protestantismus im Osten Deutschlands, S. 180 f.

Verfahren, die Strafen nachträglich zur Bewährung auszusetzen. Der Staat sollte den Konflikt öffentlich und nicht in Geheimprozessen austragen.

Honecker beauftragte Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, die Inhaftierten vor die Alternative zu stellen: Ausbürgerung oder straffreie Entlassung in die DDR. Im Beisein Forcks wählten fast alle die zweite Variante. Plötzlich wurde Vogel ans Telefon gerufen. Der Generalstaatsanwalt teilte ihm mit: Er habe Honecker falsch verstanden. Wer sich in die DDR entlassen lasse, müsse die volle Strafe verbüßen. Wollte Honecker Gnade vor Recht walten lassen und hatte das Politbüro ihn überstimmt? Vogel war bestürzt, noch nie habe er Honecker falsch verstanden. Er legte sein Mandat nieder. Forck fühlte sich hintergangen. Ihm wurde – zu Unrecht – vorgeworfen, „Komplize des Staates“ gewesen zu sein. Unangemeldet protestierte Bischof Forck bei Gysi – erfolglos. Nach dem Scheitern der Freilassung bemühte sich Manfred Stolpe um eine humanitäre Lösung.

3. Der Wahlbetrug im Mai 1989 und seine Folgen

Im Oktober 1988 erreichte Bischof Gottfried Forck das 65. Lebensjahr. Er war eine bekannte und allseits geachtete Persönlichkeit in Ost und West. Es war nicht leicht, einen Nachfolger für ihn zu finden. Das Bischofswahlkollegium verzichtete auf die Nominierung eines Nachfolgers und bat im März 1988, die Amtszeit Forcks um drei Jahre bis 1991 zu verlängern – nicht ahnend, dass sich inzwischen vieles verändern sollte. Gottfried Forck war dazu bereit.⁵³

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen im Jahr 1988 stand die Frage derjenigen, die die DDR verlassen wollten.⁵⁴ Ein weiterer Schwerpunkt war die Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR zwischen Februar 1988 und April 1989.⁵⁵ Forck hat hier intensiv mitgearbeitet. Seit Frühjahr 1988 gab es immer wieder Eingriffe und Verbote bei den Veröffentlichungen der Kirchenzeitungen.

Im Mai und Juni 1989 kam es zu einem neuen Konflikt: Wahlen waren in der DDR bisher eher Propagandaspektakel mit fast 100 Prozent Zustimmung zu den Einheitslisten. Die Kommunalwahl am 7. Mai 1989 war anders. Zwischen der Auszählung der Stimmen in den Wahllokalen und den amtlichen Berichten darüber gab es erhebliche Differenzen.⁵⁶ Schweriner Pastoren erzwangen die sofortige Wiederholung der Auszählung, da die Wahlkommission die Neinstimmen – versehentlich – „übersehen“ hatte. Forck schrieb Briefe an staatliche Stellen, erhielt aber keine Aufklärung. Die Proteste gegen den Wahlbetrug rissen nicht ab. Die Polizei löste entsprechende Aktionen auf. Für den 7. Juni wurde zu einem Schweigemarsch vom Berliner Konsistorium zum Staatsratsgebäude aufgerufen. Ein

⁵³ Kliem/Roeber/Wiedemeyer: Glauben ist Ermutigung zum Handeln, S. 94; Sachse: Den Menschen eine Stimme geben, S. 234–242.

⁵⁴ Sachse: Den Menschen eine Stimme geben, S. 220–234.

⁵⁵ Ebda., S. 272–274.

⁵⁶ Forck: Offene Jugendarbeit, S. 234 f.; Sachse: Den Menschen eine Stimme geben, S. 274–284; Mau: Der Protestantismus im Osten Deutschlands, S. 192–197.

zweiter Demonstrationszug wurde von der Polizei gestoppt. Als Teilnehmer die Straße blockierten, wurden sie mit Gewalt in bereitstehende Busse gezerrt. Etwa fünfhundert Menschen kamen in die Sophienkirche und sprachen über die Eingabe wegen des Wahlbetrugs. Über hundert Personen wurden verhaftet, kamen aber gegen hohe Geldstrafen nach einer Nacht wieder frei. Am folgenden Tag besuchten etwa 1.500 Personen die Gethsemanekirche. Bischof Forck kündigte an, den Beleg für den Wahlbetrug mit etwa tausend Unterschriften an den Staatsrat weiterzuleiten.

Am 11. Juni 1989 wurde der Greifswalder Dom St. Nikolai nach längerer Renovierung wieder eingeweiht. Bischof Horst Gienke lud, ohne mit den anderen Kirchenleitungen darüber zu sprechen, Honecker zum Festgottesdienst ein. Da die Akzeptanz der SED in der Bevölkerung schlecht war, erschien die Einladung wie eine Kollaboration mit dem Staat. Forck wollte die Gelegenheit nutzen, Honecker die Petition gegen Wahlbetrug zu übergeben. Deshalb erging von Seiten der SED die Weisung, Forck nicht einzuladen. Forck befand sich trotzdem unter den Gottesdienstbesuchern, hatte aber das Protestschreiben nicht dabei, weil er erst in der Nacht vom Kirchentag in West-Berlin zurückgekehrt war. Deshalb bat Forck am 13. Juni Honecker schriftlich, die Vorwürfe wegen des Wahlbetrugs aufzuklären.

In der „Jungen Welt“ wurde Bischof Gienke als Garant des Friedens zwischen Staat und Kirche gefeiert, wie vor Jahrzehnten der Thüringer Bischof Moritz Mitzenheim. Als am 19. Juli im „Neuen Deutschland“ ein Dankbrief Gienkes an Honecker erschien, war der Bogen endgültig überspannt. Ein Kreiskirchenrat der Greifswalder Kirche bat Forck: „Bitte setzen Sie Bruder Gienke nicht mit der Landeskirche gleich!“ Gienkes Alleingang hat der Greifswalder Kirche insgesamt sehr geschadet. Im November 1989 zwang die Synode Gienke zum Rücktritt. Christian Sachse kommentierte den Eklat: „Dem Symbol von Thron und Altar, das in Greifswald zelebriert wurde, setzte Forck das Symbol der Kirche für die Bürger entgegen.“⁵⁷

4. Friedliche Revolution und der Weg in die Einheit⁵⁸

Nach 1989 wurden die Vorgänge, die zum Ende der DDR führten, lange Zeit als „protestantische Revolution“ bezeichnet. Der Begriff war jedoch problematisch. Nach dem Beitrag der Kirchen gefragt, schätzte Gottfried Forck ihn gering ein: Eigentlich habe die Kirche den oppositionellen Gruppen nur einen Raum und damit Schutz gegeben. Das sei allerdings für den friedlichen Verlauf von großer Bedeutung gewesen. Aber ausschlaggebend waren die Massenflucht, die Montagsdemonstrationen in Leipzig und der demokratische Aufbruch im ganzen Land. Die Gesellschaft begann sich zu polarisieren.

⁵⁷ Sachse: Den Menschen eine Stimme geben, S. 283 f.

⁵⁸ Sachse: Den Menschen eine Stimme geben, S. 286–321; Mau: Der Protestantismus im Osten Deutschlands, S. 202–218.

Auch die Kirche war tief gespalten. Bischof Forck sprach sich zum Beispiel gegen die Teilnahme am Festakt zum 40. Jahrestag der DDR aus. Andere hatten die Sorge, es könne der Eindruck entstehen, die Kirche sei gegen den Staat. Ein Beschluss der Konferenz der Kirchenleitungen, sich mehrheitlich nicht zu beteiligen, wurde wieder aufgehoben. In Berlin wurden trotz einer zum großen Teil friedlichen Demonstration am 7./8. Oktober 1989 mehr als tausend Personen festgenommen und brutal behandelt. In Leipzig, wo für den Abend des 9. Oktober Schlimmstes befürchtet wurde, gelang eine Einigung von historischer Tragweite. In der Gethsemanekirche in Berlin fanden Informationsandachten statt, an denen Forck regelmäßig teilnahm.⁵⁹ Er forderte ein Ende des Boykotts des Staates gegenüber den neuen Kräften und einen glaubwürdigen Dialog mit den neuen Parteien und Bürgerinitiativen.

Am 18. Oktober war Honecker zum Rücktritt gezwungen und Egon Krenz am 24. Oktober zum Staatsratsvorsitzenden von der DDR-Volkskammer gewählt worden. An diesem Tag stellte Forck – in einem Interview mit dem ARD-Magazin „Monitor“ – den Führungsanspruch der SED infrage. Jeder sollte angstfrei seine Meinung vertreten können. Forck hielt Krenz als Staatschef für wenig tauglich, da er den Wahlbetrug am 7. Mai zu verantworten und sich nicht wenigstens entschuldigt habe. Am 4. November erreichte mit der Großdemonstration auf dem Alexanderplatz die Forderung nach Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit eine neue Phase. Am 7. November trat Ministerpräsident Stoph mit der Regierung der DDR zurück.

Am 9. November 1989 misslang die kontrollierte Öffnung der Grenzen in der DDR. Die Berliner Mauer fiel. Bis dahin hatten 200.000 Bürger die DDR verlassen. Am 26. November legte Bundeskanzler Helmut Kohl dem Deutschen Bundestag ein 10-Punkte-Programm zur Wiedervereinigung vor. Und 31 namhafte Bürger der DDR reagierten mit dem Aufruf „Für unser Land“, in dem sie nur eine Konföderation befürworteten.

Am 27. November 1989 tagten erstmalig die Kirchenleitungen von Berlin-Brandenburg (Ost- und Westregion) gemeinsam. Am 13. Januar 1990 votierte die von den Kirchenleitungen eingesetzte Arbeitsgruppe, die Notverordnung von 1959 aufzuheben und die organisatorische Einheit und Rechtsordnung der Lan-

59 Sachse: Den Menschen eine Stimme geben, S. 292–306: Am 9.10. verlas Forck „Vier dringende Bitten“ der Protestierenden an den Staat, am 11.10. trafen sich Forck, Stolpe und G. Krusche mit Oberbürgermeister Erhard Krack, am 12.10. forderte Forck, der die Mahnwachen regelmäßig aufsuchte, die Freilassung aller inhaftierten Demonstranten. Am 13.10. schrieb Forck an Ministerpräsident Willi Stoph sechs Forderungen: Der Staat soll öffentlich erklären, dass sich die brutalen Übergriffe vom 7./8.10. in Berlin nicht wiederholen und die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. Die Inhaftierten sollten sofort freigelassen werden. Am 23.10. schrieb Forck an Egon Krenz, Honeckers Nachfolger, und schickte ihm Gedächtnisprotokolle von Verhafteten. In einem Interview mit der „Welt“ am 31.10. äußerte Forck die Vermutung, dass die Gespräche mit Bürgern vor dem Roten Rathaus in Berlin nur Alibiveranstaltungen wären. Am 6.11. benannte Forck die drei kirchlichen Mitglieder für die unabhängige Kommission zur Untersuchung der Vorfälle vom 7.–9.10.1989: Marianne Birthler, Martin-Michael Passauer und Ingemar Pettelkau. Am 17.11. verhandelte Forck mit Wolfgang Ullmann über die Einrichtung eines Zentralen Runden Tisches, der die politische und gesellschaftliche Erneuerung beraten sollte und am 7.12. erstmals tagte.

deskirche wieder herzustellen.⁶⁰ Am 16. März 1990 tagten erstmalig die beiden Regionalsynoden gemeinsam. Bei der Entwicklung beider Regionen hatte es erhebliche Unterschiede gegeben. Die Wiederherstellung der Einheit war nicht selbstverständlich. Bischof Forck mahnte in einer Predigt, „alles behutsam und sorgfältig“ anzupacken. Die Regionalsynode Ost verzichtete im April 1990 auf die Nominierung eines Nachfolgers für Bischof Forck, wenn er im Herbst 1991 endgültig in den Ruhestand treten werde. Am 7. Dezember 1990 sprach Bischof Forck vor der vereinigten Synode über das Thema „Zum Weg der Berlin-Brandenburgischen Kirche in der Ostregion“:

Wir haben zunächst die sozialistische Regierung mit dem nationalsozialistischen Regime gleichgesetzt. „Erst die Besinnung auf das sogenannte Darmstädter Wort zum politischen Weg unseres Volkes vom 8. August 1947 hat ganz allmählich ein Umdenken besonders unter den damals jüngeren Mitarbeitern der Kirche eingeleitet. [...] In der ganzen Zeit des ‚real existierenden Sozialismus‘ haben wir uns als Kirche eigentlich nie als Opposition verstanden. Aber wir haben von unserem Standpunkt aus kritisch zu Fragen der Gerechtigkeit, des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung auf unseren Synoden Stellung genommen. Das hat Menschen angezogen, die in Opposition zum sozialistischen Staat standen. Durch sie sind wir in die Vorbereitung und Durchführung der Veränderungen mit hineingezogen worden, die dann zu unser aller Überraschung im Jahre 1989 möglich wurden. Diese Stellungnahmen waren dadurch für uns leichter, weil wir keine Rücksicht nehmen mussten auf Christen in Regierungs- und Wirtschaftsverantwortung. So haben wir in der Friedensfrage klar für die Wehrdienstverweigerung und einen alternativen Friedensdienst als das deutlichere Zeichen für den Frieden votiert. So konnten wir freier und unabhängiger für einen Schuldenerlass und eine neue Wirtschaftsordnung eintreten. Und so konnten wir auch die Umweltfrage ohne Rücksichtnahme auf christliche Unternehmer ansprechen. [...]

Wir stehen nun heute beim Zusammenwachsen unserer beiden Kirchenregionen vor einer nicht ganz leichten Aufgabe. Wir möchten uns gern für unsere Eigenständigkeit die kritische Nähe und Distanz zum Staat erhalten. Die zum Teil enge Verbindung von Staat und Kirche, wie sie sich im Religionsunterricht und besonders im Militärseelsorgevertrag der EKD bemerkbar macht, der ja nun auch auf die Ostregion neu zukommt, erschreckt uns ein wenig. [...] In dem Vereinigungsprozess bitten wir die Schwestern und Brüder der Westregion um Geduld, dass wir nicht sofort in allen Punkten auf die Wege einschwenken, die sie bisher gegangen sind. Lassen Sie uns alles sorgfältig prüfen und das Beste behalten.“⁶¹

Am 30. September 1991 trat Bischof Dr. Gottfried Forck in den Ruhestand. Mit seiner zweiten Frau, der Pfarrerin Beatrix Forck zog er nach Rheinsberg, wo er am 24. Dezember 1996 schwer erkrankt starb.

60 Vom 15.–17.1.1990 kamen Vertreter der EKD und des DDR-Kirchenbundes im Kloster Loccum zusammen und beschlossen, die Kirchen beider deutschen Staaten wieder zu vereinigen, jedoch unter Berücksichtigung der „während der Zeit der Trennung gewachsenen Erfahrungen und Unterschiede“ wolle man „sorgsam umgehen“. Neben viel Zustimmung fand die „Loccumer Erklärung“ in der „Berliner Erklärung“ von Christen beider deutscher Staaten auch vehementen Widerspruch.

61 Kliem/Roeber/Wiedemeyer: Glauben ist Ermutigung, S. 221, 223–225.